

**überwiesener C.9.NEU des 12. Landesparteitages „Ablehnung von politisch
motivierter Gewalt“**

Beschluss aus der Landesvorstandssitzung vom 11. März 2016

Beschluss:	Der Landesvorstand beschließt den vom 12. Landesparteitag der Partei DIE LINKE. Sachsen überwiesenen Sachantrag C.9.NEU.
Politische Botschaft:	-
Maßnahmen der Öffentlichkeitsarbeit:	Veröffentlichung im Internet (www.dielinke-sachsen.de)
Weitere Maßnahmen:	-
Finanzen:	-
Den Beschluss sollen erhalten:	Landesvorstandsmitglieder, Landesratsmitglieder, Kreisvorsitzende, Ortsvorsitzende, sächsische Mitglieder im Bundesausschuss, Fraktionsvorstand der Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag, Pressesprecher der Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag; Fraktionsgeschäftsführer der Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag, Landesparteitagsdelegierte, sächsische Bundesparteitagsdelegierte, Landesweite Zusammenschlüsse, Jugendkoordinator

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig abgelehnt.

Begründung für die Ablehnung:

Wir stehen in einem kritischen Verhältnis zur Geschichte der Arbeiterbewegung und wissen, dass Staat das Unterdrückungsinstrument einer herrschenden Klasse ist und dass der Kampf zur gesellschaftlichen Emanzipation letzten Endes mit Gewaltmitteln vollführt werden wird, wenn man diese Gewaltmittel nicht als adäquate Gewaltmittel und Herrschaftsformen anerkennt. Dann steht man auf dem Lasallschen Sozialpaktstandpunkt und das ist nicht angemessen für eine Partei, die auf die Überwindung des Kapitalismus zielt. Genau deshalb lassen wir uns auf das bürgerliche Diktum von Gewaltlosigkeit überhaupt nicht ein, weil das nur Propaganda und Lüge des bürgerlichen Repressionsmechanismus ist. Wenn wir die einzigen sind, die an der Stelle Gewalt auch als solche benennen, nämlich dass die bürgerliche Gesellschaft nur mit Gewalt permanent reproduziert wird, dann ist das so. Aber an der Stelle sollten wir nicht über rote Haltelinien schreiten und uns nicht anpassen an den bürgerlichen Duktus.

F.d.R.

Dresden, 16.03.2016



Antje Feiks - Landesgeschäftsführerin

C. Sachanträge an den 12. Landesparteitag

C.9.NEU Ablehnung von politisch motivierter Gewalt

Einreicher: Andreas W.

Der Landesparteitag möge folgenden Antrag beschließen:

(1) Für DIE LINKE. Sachsen ist es selbstverständlich, Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und rechte Gewalt zu ächten. Mit Erschütterung nehmen wir zur Kenntnis, dass die rechtsextreme Gesinnung mittlerweile bis zu Gewaltausbrüchen und Anschlägen reicht. Entsprechend solidarisieren wir uns mit allen Opfern rechter Gewalt.

(2) Ohne sie mit rechtsextremer Gewalt gleichsetzen zu wollen, distanziert sich DIE LINKE. Sachsen auch von allen Gewaltaktionen, die linksradikal oder scheinbar "links" motiviert sind. Man soll PEGIDA ablehnen, dennoch sind Anschläge auf Bahngleise, auf Einrichtungen von Polizei und Justiz äußerst ungeeignete Mittel, seinen Frust auszudrücken.

Begründung:

1. ist eine Selbstverständlichkeit. Es gibt aber zudem in letzter Zeit insbesondere im Raum Leipzig Aktionen linksautonomer Gruppierungen, die durch Gewalt gekennzeichnet sind. Anschläge gegen Bahngleise, zerschlagene Fensterscheiben von Banken oder Anschläge auf Polizei- und Justizgebäude werden von uns abgelehnt. Hier sollten wir, weil es ab und zu auch diesbezügliche Verdächtigungen gegen DIE LINKE gibt, keine Zweideutigkeiten zulassen.

Entscheidung des Parteitages:

angenommen: _____ abgelehnt: _____

überwiesen an: _____

Stimmen dafür: _____ dagegen: _____ Enthaltung: _____

Bemerkung: _____

C. Sachanträge an den 12. Landesparteitag

C.9.NEU Ablehnung von politisch motivierter Gewalt

ÄC.9.1. Änderungsantrag zu C.9. - Ablehnung von politisch motivierter Gewalt

EinreicherInnen: Antje Feiks, Thomas Dudzak

Der Landesparteitag möge folgende Änderung beschließen:

Ersetze beide Punkte des Antrages C9 durch folgende Formulierung:

„DIE LINKE. Sachsen lehnt Gewalt als Mittel der Politik ab.“

Begründung:

Es ist richtig, ein deutliches Zeichen vom Landesparteitag zu senden, dass wir Gewalt als Mittel der Politik ablehnen, auch wenn wir das selbstverständlich nach jedem Vorkommnis machen. Es wäre hingegen fatal, wenn sich der sächsische Landesparteitag die Extremismustheorie zu eigen machte, wie es der vorliegende Antrag aus unserer Sicht tut. Dies entspricht weder den Beschlusslagen auf Landes- noch auf Bundesebene. Die Theorie stellt links und rechts außerhalb des demokratischen Konsens, und meint in seiner politischen Verwendung immer auch uns als Partei.

Weiterhin ist es überflüssig eine Bezugnahme zu Pegida vorzunehmen – egal ob man Pegida „ablehnen mag“ oder „ablehnen muss“. Pegida ist weder ein Erklärungsmuster für Fremdenhass und Homophobie noch für irgendetwas anderes. Was zu Pegida zu sagen ist, ist hinreichend ausgeführt im Leitantrag, aber auch in Beschlusslagen des Landesverbandes und der Bundespartei.

Entscheidung des Parteitages:

angenommen:

abgelehnt:

überwiesen an: _____

Stimmen dafür: _____ dagegen: _____ Enthaltung: _____

Bemerkung: _____